

# Fatah, Hamas und die arabischen Revolutionen

Ludwig Watzal

Die Veränderungen in der arabischen Welt sind endlich auch in Palästina angekommen. Sie haben nicht nur die politische Lage in Palästina, sondern auch einiges für Israel verändert. Israels Pharao, Hosni Mubarak, wurde auf Druck des Volkes vom Militär aus dem Verkehr gezogen, und Bashar al-Assad steht in Syrien noch das Schlimmste bevor. Für die Palästinenser bedeutete dies, die Reihen zu schließen, bevor sich das »window of opportunity« wieder schließt und es für einen fundamentalen Politikwechsel zu spät ist. Eine der Konfliktparteien hat bereits ihren Protegé verloren, und auch die Herrschaft der Hamas-»Partei« in Syrien wankt. Nicht bessere Einsicht war also die treibende Kraft bei der »Versöhnung« zweier konträrdiktorischer Politikkonzepte, sondern die Macht der Notwendigkeit, bedingt durch die geopolitischen Veränderungen, welche die Revolution in Ägypten und die Aufstände gegen die arabischen Autokraten bewirkt haben.

Ob das Versöhnungsdokument, das nicht nur von Hamas und Fatah, sondern auch von elf weiteren Gruppierungen unterzeichnet worden ist, das Papier wert ist, auf dem es geschrieben steht, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Wenn beide Kontrahenten die Sache ernst nehmen, können Verhandlungen im alten Stil mit Israel so nicht weitergeführt werden. Mahmud Abbas und seine Kumpane müssen Abschied von ihrer kollaborationistischen Haltung gegenüber Israel nehmen. Die Veröffentlichungen der »Palestine Papers« haben gezeigt, dass jedwede Verhandlungen mit welcher israelischen Regierung auch immer zu nichts führen, weil das Land zu keinem wirklichen politischen Kompromiss bereit ist, solange die Palästinenser nicht kapitulieren und kollektiv »auswandern« oder sich zum Zionismus bekehren. Eine Regierung der nationalen Einheit wird wieder deutlicher die legitimen Rechte der kolonisierten Palästinenser betonen müssen, welche Abbas und seine Mannen für ihre Privilegien bereits geopfert haben.

Dass das neue und hoffentlich demokratische Ägypten nicht mehr die schäbige Rolle Mubaraks als Erfüllungsgeschehe Israels und der USA gegen die Palästinenser spielen

wird, wurde bereits durch die Ankündigung deutlich, die Grenze des Gazastreifens zu Ägypten für die in Gefangenschaft lebenden Palästinenser wieder zu öffnen, damit Israels Gefangene endlich Zugang zur Welt erhalten, weil eine ungehinderte Ein- und Ausreise jedem Individuum als Menschenrecht zusteht. Auch wird sich eine zukünftige ägyptische Regierung nicht mehr an der Farce beteiligen, die vom Westen als »Friedensprozess« bezeichnet wird, und der israelischen Kolonisierung der Westbank tatenlos zusehen. Zudem wird sie nicht mehr Israels kriegerische Rhetorik gegenüber dem Iran unterstützen. All dies sollte Abbas bedenken, wenn er sich erneut auf Verhandlungen über einen »Friedensprozess« mit Israel einlässt. Aber Abbas ist umringt von Ja-Sagern, sodass kritischer Geist diesem Klüngel wohl tun wird.

Das Geschrei in Israel war groß über den Fatah-Hamas-Deal. Auch die Rhetorik der rechtsnationalistischen Netanyahu-Lieberman-Regierung war vorauszusehen: Der »Friedensprozess« könne nicht fortgesetzt werden, solange Mitglieder einer »Terrororganisation« einer Regierung angehörten. Israel hat mal wieder »keinen Partner«, und erließ umgehend Strafmaßnahmen, indem es die Überweisung der eingehaltenen Steuern an Abbas sperrte; eine rechtswidrige Maßnahme, wie so vieles, was Israel tut. Als ob es jemals einen »Friedensprozess« gegeben hätte, der diesen Namen verdient. Die altbekannten Propagandafloskeln wurden wieder aus der zionistischen Mottenkiste hervorgekramt und in die Welt hinausposaunt. Damit sollen den Staaten einmal mehr jegliche eigenständige Handlungsoptionen genommen werden, wie weiland beim Wahlsieg der Hamas 2006, als erstmalig in freien, gleichen, geheimen und allgemeinen demokratischen Wahlen in der arabischen Welt eine Regierung aus dem Amt gewählt worden ist. Der damalige »Sündenfall« des Westens, der wieder einmal gegen seine eigenen so genannten Werte handelte, da Israel es ihm aufgetragen hatte, darf sich dieses Mal nicht wiederholen, weil sich dann der Westen zum wiederholten Male selbst jeglicher eigenständiger Politik berauben würde. Die spalterische Politik Israel gegenüber der arabischen und

muslimischen Welt wird in Zukunft nicht mehr funktionieren, u. a. auch deshalb, weil Israel mit der Türkei einen wichtigen Verbündeten verloren hat, den es durch seine aggressive Politik mehrmals vor den Kopf gestoßen hat.

Wo Israel mit seiner schrillen Politrhetorik immer landen kann, sind die USA und Deutschland. Beide haben das politische Mantra von der Hamas als Terrororganisation wiederholt und gefordert, Hamas müsse der Gewalt abschwören, Israels Existenzrecht anerkennen und die ausgehandelten Verträge akzeptieren. Keiner hat jedoch jemals von Israel gefordert, der Gewalt abzuschwören (1 600 Tote im Libanon 2006; 1 400 Tote in Gaza 2008/09 sprechen eine eindeutige Sprache, von den Hunderten toten Palästinensern in den Jahren dazwischen gar nicht zu reden), das Existenzrecht des palästinensischen Volkes anzuerkennen und die Oslo-Verträge einzuhalten. Apropos »Existenzrecht Israels«: Hat jemals irgendjemand gefordert, das »Existenzrecht« Deutschlands, Frankreichs, der USA oder irgendeines anderen Staates anzuerkennen? Daran zeigt sich, wie grotesk eine solche politische Forderung ist. Das Völkerrecht kennt nur die staatliche Anerkennung. Außerdem existiert Israel, Punkt! Darüber braucht nicht mehr diskutiert zu werden. Hätte die deutsche politische Klasse auch nur die geringste Ahnung, was sich hinter dieser Propagandaformel vom »Existenzrecht« wirklich verbirgt, könnte sie nicht gedankenlos diesen politischen Unfug nachplappern.

Am 5. Mai war Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas in Berlin, einige Wochen vorher Israels Ministerpräsident Netanyahu. Die Bilder der Begegnungen sprechen Bände: Netanyahu und Merkel schauen sich lächelnd, wie »Verliebte«, in die Augen; gegenüber Abbas tritt Merkel mit erhobenem Zeigefinger auf, wie gegenüber einem beim Abschreiben ertappten Schulbuben. Dass Merkel ihm dann auch noch eine Lektion in israelischer politischer Propaganda erteilte, überraschte keinen. Unter der Merkel/Westerwelle/Rösler-Regierung sind in Bezug auf den Nahen Osten Hopfen und Malz verloren, obwohl Westerwelle manchmal kluge politische Momente hat, wie beim Abstim-

mungsverhalten Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, als es um einen Kriegseintritt gegen Libyen ging, der durch die Einrichtung einer sogenannten »Flugverbotszone« für Zivilisten verbrämt wurde. Nun führt die NATO einen Krieg auf Seiten von »Aufständischen« gegen eine international anerkannte Regierung.

Neben der seit Jahrzehnten bestehenden Obstruktionspolitik der USA und Israels bleiben in dem »Versöhnungsdokument« Fragen wie der zukünftige Wahlmodus, der Status der PLO, Sicherheitsfragen, die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und die Rolle des Legislativrates weitgehend ungeklärt. Zudem hält Israel immer noch 13 demokratisch gewählte Mitglieder des »Palästinenserparlaments« grundlos ge-

fangen. Wie soll damit umgegangen werden?

Noch ist für Israel nichts verloren, denn Ministerpräsident Netanyahu hat vor beiden Häusern des US-Kongresses eine Rede gehalten, vor einem Gremium also, das zu 95 Prozent den Befehlen der Israelloobby gehorcht. Der »wind of change« und neues Denken kommen bestimmt nicht aus den USA, sondern aus den revolutionären Veränderungen in der arabischen Welt, wenn sich diese doch einmal einig wäre. Solange sie geteilt bleibt in moderate, sprich »gute«, amerikahörige Regierungen, und radikale, sprich »schlechtere«, amerikakritische Regierungen, kann es zu keinen positiven Veränderungen im Israel-Palästina-Konflikt kommen. ■

## Die Palestine Papers

**Bedeutung der dem arabischen TV-Sender al-Jazeera und der britischen Tageszeitung The Guardian zugespielten Dokumente das Ende der Friedensverhandlungen im Nahen Osten?**

**Von Lothar W. Brenne-Wegener**

Saab Erekat, Chefunterhändler in den palästinensisch-israelischen Verhandlungen, sprach zunächst empört von einer »Schmierkampagne«, um dann später kleinlaut zuzugeben, dass die Dokumente aus seinem Büro gestohlen worden waren, und zog dann schließlich doch die Konsequenz aus den Vorgängen und trat als Verhandlungsführer der Palästinenser zurück. Der US-Nachrichtensender CNN dagegen beeilte sich im frühen Stadium des Bekanntwerdens der Dokumente, darauf hinzuweisen, dass die Echtheit der Papiere nicht bewiesen sei, während die unterschiedlichsten Kommentatoren bereits vom Ende jeglicher »Friedensverhandlungen« zwischen Israel und Palästinensern sprachen.

Die Rede ist von den »Palestine Papers«, jenen 1684 Dokumenten, die dem in Doha/Katar stationierten Fernsehsender al-Jazeera und der britischen Tageszeitung The Guardian im vergangenen Jahr zugespielt wurden, darunter unter anderem 275 Sitzungsprotokolle, 690 E-mails, 153 Berichte und interne Studien, sowie 54 Diagramme, Karten und Grafiken, allesamt aus den Jahren 1999 bis 2010. Die Dokumente, die bei ihrer Veröffentlichung zu einem Aufschrei der Entrüstung in der palästinensischen Bevölkerung führten und sogar Anlass zur Er-

stürmung des al-Jazeera-Büros in Ramallah gaben, belegen, dass die palästinensische Verhandlungsführung hinter verschlossenen Türen zu wesentlich weitreichenderen Zugeständnissen gegenüber den Israelis bereit war, als bisher bekannt. Ein Umstand, den die Verhandlungsführer selbst vor der eigenen Bevölkerung verborgen hielten, allerdings in der trügerischen Hoffnung, dafür als Gegenleistung die Zusage der israelischen Politik für die Anerkennung eines eigenständigen Palästinenserstaates zu erhalten. Die Palestine Papers stärken in diesen Tagen all jenen politischen Beobachtern den Rücken, die schon seit Jahren in beinahe ritueller Ergebnislosigkeit darauf verweisen, dass die politischen Führer das eigentliche Hindernis auf dem Weg zum Frieden sind. Bereits 2006 schrieb zum Beispiel der ehemalige US-Präsident und Friedensnobelpreisträger Jimmy Carter in seinem Buch »Palestine. Peace, not Apartheid«: »Die Führung auf beiden Seiten ignoriert die große Mehrheit ihrer Bevölkerungen, die unbedingt Frieden will; sie lässt damit zu, dass Gewalt seitens der Extremisten alle Chancen auf einen politischen Konsens zunichtemacht.« Überraschend deutlich ist auch Carters Kritik an der US-amerikanischen Politik, wenn er schreibt: »Ein weite-

res beträchtliches Hindernis ist Washingtons fremdliche politische Einstellung, Dialog über strittige Fragen sei ein Privileg, das nur als Belohnung für unterwürfiges Verhalten gewährt und denen vorenthalten wird, die sich amerikanischen Forderungen widersetzen.«

Al-Jazeera selbst begründet die Veröffentlichung der Papiere mit dem Hinweis: »Wir glauben, dieses Material wird sich als unschätzbare Wert für Journalisten, Wissenschaftler, Historiker, Politiker und die breite Öffentlichkeit erweisen.« Gibt man dagegen selbst noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Begriff »Palestine Papers« in die Suchmaschinen der überregionalen deutschen Tageszeitungen ein, verzeichnen diese zu meist keinen Treffer. In unseren Medien fanden und finden die Papiere bis heute keine Aufmerksamkeit. Die Vorgänge in Tunesien und Ägypten, das heißt, der Aufbruch dieser Staaten zur Demokratie und damit aus der eigenen Unmündigkeit, haben den drohenden Skandal rechtzeitig aus den Schlagzeilen der Presse katapultiert, bevor er sich dort – nur wenige Monate nach der Erstürmung der Gaza-Hilfsflotte durch die israelische Armee im Juni 2010 – zu einem weiteren Flächenbrand für die israelische Politik ausweiten konnte. In Jerusalem wird man dies mit erleichtertem Aufatmen zur Kenntnis genommen haben.

Die von al-Jazeera veröffentlichten Dokumente enthüllen neue Details zur Bereitschaft der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA),

- illegale jüdische Siedlungen in Ostjerusalem anzuerkennen und »kreativ« an das Problem des Status des Tempelbergs (Haram ash-Sharif) heranzugehen,
- Kompromisse hinsichtlich der Flüchtlingsfrage und des Rechts auf Rückkehr (right of return) palästinensischer Flüchtlinge einzugehen,
- in Sicherheitsfragen mit Israel zusammenzuarbeiten, sowie
- zum privaten Meinungsaustausch zwischen palästinensischen und amerikanischen Unterhändlern Ende 2009, als der Goldstone-Bericht in den Vereinten Nationen diskutiert wurde.

Gerade die Frage, wer den Haram ash-Sharif, jenen Hügel im Südostteil der Jerusalemer Altstadt, auf dem die Al-Aksa-Moschee – der drittheiligste Ort im Islam – steht, zukünftig kontrollieren soll, ist in den Jahrzehnten der zurückliegenden Verhandlungen zwischen Israel und Palästinensern immer wieder eine der umstrittensten Fra-